

Gemeinde Schwaikheim  
Rems-Murr-Kreis

**Geschäftsordnung des Gemeinderats  
In der Fassung vom 9.11.2021**

**Inhaltsübersicht**

**I. Allgemeine Bestimmungen**

Zusammensetzung des Gemeinderats, Vorsitzende(r)	§ 1
Fraktionen	§ 2

**II. Rechte und Pflichten der Gemeinderäte und der zur  
Betreuung zugezogenen Einwohner und Sachverständigen**

Rechtsstellung der Gemeinderäte	§ 3
Unterrichtungsrecht, Akteneinsicht, Anfragerecht der Gemeinderäte	§ 4
Amtsführung	§ 5
Pflicht zur Verschwiegenheit	§ 6
Vertretungsverbot	§ 7
Ausschluss wegen Befangenheit	§ 8

**III. Sitzungen des Gemeinderats**

Öffentlichkeitsgrundsatz, Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse	§ 9
Verhandlungsgegenstände	§ 10
Sitzordnung	§ 11
Einberufung	§ 12
Tagesordnung	§ 13
Beratungsunterlagen	§ 14
Verhandlungsfähigkeit und Verhandlungsleitung	§ 15
Handhabung der Ordnung, Hausrecht	§ 16
Verhandlungsablauf, Änderung der Tagesordnung durch den Gemeinderat	§ 17
Vortrag, beratende Mitwirkung im Gemeinderat	§ 18
Redeordnung	§ 19
Sachanträge	§ 20
Geschäftsordnungsanträge	§ 21
Beschlussfassung, Beschlussfähigkeit	§ 22
Abstimmungen	§ 23
Wahlen	§ 24
Ernennung, Einstellung und Entlassung der Gemeindebediensteten	§ 25
Persönliche Erklärungen	§ 26
Fragestunde	§ 27
Anhörung	§ 28

#### **IV. Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren und durch Offenlegung**

Schriftliches Verfahren	§ 29
Offenlegung	§ 30

#### **V. Niederschrift**

Inhalt der Niederschrift	§ 31
Führung der Niederschrift	§ 32
Anerkennung der Niederschrift	§ 33
Einsichtnahme in die Niederschrift	§ 34

#### **VI. Geschäftsordnung der Ausschüsse**

Sinngemäße Anwendung der Geschäftsordnung des Gemeinderats	§ 35
--	------

#### **VII. Ältestenrat**

Ältestenrat	§ 36
-------------	------

#### **VIII. Schlussbestimmung**

Inkrafttreten	§ 37
Außerkräftreten bisheriger Bestimmungen	§ 38

Auf Grund des § 36 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg - GemO - hat sich der Gemeinderat am 09.11.2021 folgende Geschäftsordnung gegeben.:

Vorbemerkung: Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung beschränken sich die Personenbezeichnungen auf die männliche Form.

## **I. Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1**

#### **Zusammensetzung des Gemeinderats, Vorsitzende(r)**

- 1 Der Gemeinderat besteht aus der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister als Vorsitzenden/Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäte).
- 2 Bei tatsächlicher oder rechtlicher Verhinderung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters führt ihr/sein Stellvertreter im Sinne des § 48 GemO den Vorsitz.  
- §§ 25, 48 Abs. 1 GemO -

### **§ 2**

#### **Fraktionen**

- 1 Die Gemeinderäte können sich nach § 32a GemO zu Fraktionen zusammenschließen. Eine Fraktion muss einschließlich etwaiger ständiger Gäste aus mindestens zwei Gemeinderäten bestehen. Jeder Gemeinderat kann nur einer Fraktion angehören.
- 2 Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Gemeinderats mit. Sie dürfen insoweit ihre Auffassungen öffentlich darstellen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.
- 3 Jede Fraktion teilt ihre Gründung, Bezeichnung, Mitglieder, ständige Gäste, die Namen der/des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter sowie ihre Auflösung der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister mit.
- 4 Die Bestimmungen des § 6 über die Pflicht zur Verschwiegenheit gelten für Fraktionen entsprechend.  
- § 32a Abs. 2 GemO -

## **II. Rechte und Pflichten der Gemeinderäte und der zur Beratung zugezogenen Einwohner und Sachverständigen**

### **§ 3**

#### **Rechtsstellung der Gemeinderäte**

1. Die Gemeinderäte sind ehrenamtlich tätig.
2. Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister verpflichtet die Gemeinderäte in der ersten Sitzung öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten.
3. Die Gemeinderäte entscheiden im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung. An Verpflichtungen und Aufträge, durch die diese Freiheit beschränkt wird, sind sie nicht gebunden.  
- § 32 Abs. 1 bis 3 GemO -

### **§ 4**

#### **Unterrichtungsrecht, Akteneinsicht, Anfragerecht der Gemeinderäte**

1. Eine Fraktion oder ein Sechstel der Gemeinderäte kann in allen Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung verlangen, dass die Bürgermeisterin/der Bürgermeister den Gemeinderat unterrichtet. Ein Viertel der Gemeinderäte kann in Angelegenheiten i.S.v. Satz 1 verlangen, dass dem Gemeinderat oder einem von ihm bestellten Ausschuss Akteneinsicht gewährt wird. In diesem Ausschuss müssen die Antragsteller vertreten sein.
2. Jeder Gemeinderat kann an die Bürgermeisterin/den Bürgermeister schriftliche, elektronische oder in einer Sitzung mündliche Anfragen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 stellen. Mündliche Anfragen, die mit keinem Punkt der Tagesordnung in Verbindung stehen, sind erst nach Erledigung der Tagesordnung zulässig. Können mündliche Anfragen nicht sofort beantwortet werden, teilt die Bürgermeisterin/der Bürgermeister Zeit und Art der Beantwortung mit.
3. Schriftliche und elektronische Anfragen sind, sofern es der Gegenstand der Frage zulässt, innerhalb von vier Wochen zu beantworten. Sie können auch am Ende einer Sitzung des Gemeinderats in Anwesenheit des Antragstellers von der/dem Bürgermeisterin/Bürgermeister mündlich beantwortet werden.
4. Eine Aussprache über Anfragen findet nicht statt.
5. Für Anfragen und Antworten, die wegen des öffentlichen Wohls oder wegen berechtigter Interessen Einzelner im Sinne des § 35 Abs. 1 Satz 2 GemO nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, ist eine die Verschwiegenheit gewährleistende Form zu wahren.
6. Die Absätze 1 und 2 gelten nicht bei den nach § 44 Abs. 3 Satz 3 GemO geheimzuhaltenden Angelegenheiten.  
- § 24 Abs. 3 bis 5 GemO -

## **§ 5**

### **Amtsführung**

Die Gemeinderäte und die zur Beratung zugezogenen Einwohner müssen ihre Tätigkeit uneigennützig und verantwortungsbewusst ausüben. Sie sind verpflichtet, an den Sitzungen des Gemeinderats teilzunehmen. Bei Verhinderung oder wenn es erforderlich ist, die Sitzung vorzeitig zu verlassen, ist die/der Vorsitzende unter Angabe des Grundes rechtzeitig vor der Sitzung zu verständigen. Ist die rechtzeitige Verständigung der/des Vorsitzenden infolge unvorhergesehener Ereignisse nicht möglich, so kann sie nachträglich erfolgen.

- §§ 17 Abs. 1, 34 Abs. 3 GemO -

## **§ 6**

### **Pflicht zur Verschwiegenheit**

1 Die Gemeinderäte sind zur Verschwiegenheit verpflichtet über alle Angelegenheiten, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist. Über alle in nichtöffentlicher Sitzung behandelten Angelegenheiten sind die Gemeinderäte und die zur Beratung zugezogenen Einwohner so lange zur Verschwiegenheit verpflichtet, bis sie die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister von der Schweigepflicht entbindet. Dies gilt nicht für Beschlüsse, soweit sie nach § 9 Abs. 3 bekanntgegeben worden sind.

2 Gemeinderäte dürfen die Kenntnis von geheimzuhaltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwerfen. Gegen dieses Verbot verstößt insbesondere, wer aus der Kenntnis geheim zu haltenden Angelegenheiten für sich oder Dritte Vorteile zieht oder ziehen will.

- §§ 17 Abs. 2, 35 Abs. 2 GemO -

## **§ 7**

### **Vertretungsverbot**

1 Die Gemeinderäte dürfen Ansprüche und Interessen eines Anderen gegen die Gemeinde nicht geltend machen, soweit sie nicht als gesetzliche Vertreter handeln. Ob die Voraussetzungen dieses Verbots vorliegen, entscheidet der Gemeinderat. Insbesondere darf ein dem Gemeinderat angehörender Rechtsvertreter ein Mandat gegen die Gemeinde nicht übernehmen.

2 Auf die zur Beratung zugezogenen Einwohner finden die Bestimmungen des Absatzes 1 Anwendung, wenn die zu vertretenden Ansprüche oder Interessen mit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Verbindung stehen. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister.

- § 17 Abs. 3 GemO -

## **§ 8**

### **Ausschluss wegen Befangenheit**

1 Ein Gemeinderat oder ein zur Beratung zugezogener Einwohner darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst oder folgenden Personen einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann:

1. dem Ehegatten oder dem Lebenspartner nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes,
2. einem in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad Verwandten oder einem durch Annahme an Kindes statt Verbundenen,
3. einem in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum zweiten Grad Schwägerten oder, oder als verschwägert Geltenden, solange die die Schwägerschaft begründete Ehe oder Lebenspartnerschaft nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes besteht oder
4. einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person.

- 2** Dieses Wirkungsverbot gilt auch, wenn der Gemeinderat oder der zur Beratung zugezogene Einwohner
- 1.** gegen Entgelt bei jemand beschäftigt ist, dem die Entscheidung der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, es sei denn, dass nach den tatsächlichen Umständen der Beschäftigung anzunehmen ist, dass sich der Gemeinderat deswegen nicht in einem Interessenwiderstreit befindet;
  - 2.** oder dessen Ehegatte, Lebenspartner nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes, Kinder, Eltern, Gesellschafter einer Handelsgesellschaft oder Mitglied des Vorstands, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs eines rechtlich selbständigen Unternehmens sind, denen die Entscheidung einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen kann. Ist der Gemeinderat oder der zur Beratung hinzugezogene Einwohner als Vertreter der Gemeinde oder auf Vorschlag der Gemeinde Organmitglied im Sinne des Satzes 1, besteht kein Mitwirkungsverbot.
  - 3.** Mitglied eines Organs einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann und die nicht Gebietskörperschaft ist, sofern er diesem Organ nicht als Vertreter der Gemeinde angehört, oder
  - 4.** in der Angelegenheit in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist.
- 3** Diese Vorschriften gelten nicht, wenn die Entscheidung nur die gemeinsamen Interessen einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe berührt. Sie gelten ferner nicht für Wahlen zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit.
- 4** Der Gemeinderat und der zur Beratung zugezogene Einwohner, bei dem ein Tatbestand vorliegt, der Befangenheit zur Folge haben kann, hat dies vor Beginn der Beratung über diesen Gegenstand dem Vorsitzenden mitzuteilen. Entsprechendes gilt, wenn Anhaltspunkte dieser Art während einer Beratung erkennbar werden. Ob ein Ausschlussgrund vorliegt, entscheidet in Zweifelsfällen in Abwesenheit des Betroffenen bei Gemeinderäten der Gemeinderat, bei Mitgliedern von Ausschüssen der Ausschuss, sonst die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister.
- 5** Wer wegen Befangenheit an der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken darf, muss den Sitzungsraum verlassen. Bei öffentlicher Sitzung muss er sich in den für die Zuhörer bestimmten Bereich des Sitzungsraumes begeben; bei nichtöffentlichen Sitzungen muss er auch den Sitzungsraum verlassen.

- § 18 GemO -

### **III. Sitzungen des Gemeinderats**

#### **§ 9**

##### **Öffentlichkeitsgrundsatz,**

##### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

- 1 Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich. Nichtöffentlich darf nur verhandelt werden, wenn es das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner erfordern; über Gegenstände bei denen diese Voraussetzungen vorliegen, muss nichtöffentlich verhandelt werden. Über Anträge aus der Mitte des Gemeinderats, einen Verhandlungsgegenstand entgegen der Tagesordnung in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
- 2 Zu den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats hat jedermann Zutritt, soweit es die Raumverhältnisse gestatten.
- 3 In nichtöffentlicher Sitzung nach Absatz 1 gefasste Beschlüsse sind nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit oder, wenn dies ungeeignet ist, in der nächsten öffentlichen Sitzung im Wortlaut bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.
- 4 Die in öffentlicher Sitzung gefassten oder bekannt gegebenen Beschlüsse werden im Wortlaut oder in Form eines zusammengefassten Berichts innerhalb einer Woche nach der Sitzung auf der Internetseite der Gemeinde und im Mitteilungsblatt veröffentlicht, sofern sichergestellt ist, dass hierdurch keine personenbezogenen Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse unbefugt offenbart werden.  
- §§ 35, 41b Abs. 5 GemO -

#### **§ 10**

##### **Verhandlungsgegenstände**

- 1 Der Gemeinderat verhandelt über Vorlagen der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters, der Ausschüsse und über die dazu gestellten Anträge.
- 2 Ein durch Beschluss des Gemeinderats erledigter Verhandlungsgegenstand wird erst erneut behandelt, wenn neue Tatsachen oder neue wesentliche Gesichtspunkte dies rechtfertigen.

#### **§ 11**

##### **Sitzordnung**

Die Gemeinderäte sitzen nach ihrer Fraktionszugehörigkeit. Kommt keine Einigung zustande, bestimmt die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister die Reihenfolge der Fraktionen unter Berücksichtigung ihrer zahlenmäßigen Stärke im Gemeinderat. Die Sitzordnung innerhalb der Fraktion wird von deren Vertretern im Gemeinderat festgelegt. Gemeinderäten, die keiner Fraktion angehören, weist die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister den Sitzplatz an.

#### **§ 12**

##### **Einberufung**

- 1 Der Gemeinderat ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert; er soll jedoch mindestens einmal im Monat einberufen werden. Der Gemeinderat muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel der Gemeinderäte unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt. Die Verhandlungsgegenstände müssen zum Aufgabengebiet des Gemeinderats gehören. Absatz 2 gilt entsprechend.

- 2 Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister beruft den Gemeinderat zu Sitzungen schriftlich oder elektronisch mit angemessener Frist, in der Regel mindestens sieben Tage vor der Sitzung, unter Angabe der Tagesordnung (§ 13) ein. In der Regel finden Sitzungen am Dienstag, um 18.30 Uhr statt. In Notfällen kann der Gemeinderat ohne Frist und formlos (mündlich, fernmündlich oder durch Boten) einberufen werden.
- 3 Wird zur Erledigung der Tagesordnung eine Sitzung am nächsten Tag fortgesetzt, so genügt die mündliche Bekanntgabe durch die/den Bürgermeisterin/Bürgermeister als Einladung. Gemeinderäte, die bei Unterbrechung der Sitzung nicht anwesend waren, sind unverzüglich zu verständigen.
- 4 Zeit, Ort und Tagesordnung öffentlicher Sitzungen sind rechtzeitig ortsüblich bekanntzugeben.
- 5 Für den Abruf oder die Übermittlung der Einladung, Tagesordnung und der zur Beratung erforderlichen Beratungsunterlagen kommt ein Ratsinformationssystem zum Einsatz. Der Empfänger ist dafür verantwortlich, dass unbefugte Dritte keinen Zugriff auf Einladung und Beratungsunterlagen nehmen können. Gemeinderäte, mit denen diese Form der elektronischen Ladung vereinbart wurde, erhalten keine zusätzliche schriftliche Ladung und keine schriftlichen Beratungsunterlagen.  
- § 34 Abs. 1 und 2 GemO –

## **§ 13**

### **Tagesordnung**

- 1 Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister stellt die Tagesordnung für die Sitzungen auf.
- 2 Auf Antrag einer Fraktion oder eines Sechstels der Gemeinderäte ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung zu setzen. Die Verhandlungsgegenstände müssen zum Aufgabengebiet des Gemeinderats gehören.
- 3 Die Tagesordnung enthält Angaben über Beginn und Ort der Sitzung sowie die zur Beratung vorgesehenen Gegenstände, unterschieden nach solchen, über die in öffentlicher und solchen, über die in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln ist.
- 4 Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister kann in dringenden Fällen durch schriftlich oder elektronisch auszugebende Nachträge die Tagesordnung erweitern. Sie/Er ist berechtigt, Verhandlungsgegenstände unter Angabe des Grundes von der Tagesordnung abzusetzen, solange der Gemeinderat in die Beratung dieser Gegenstände noch nicht eingetreten ist. Dies gilt nicht für Anträge nach Absatz 2.  
- §§ 34 Abs. 1, 35 Abs. 1 GemO -

## **§ 14**

### **Beratungsunterlagen**

- 1 Der Einberufung nach § 12 fügt der Bürgermeister die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen bei, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. Die Vorlagen sollen die Sach- und Rechtslage darstellen und möglichst einen Antrag enthalten.
- 2 Gemeinderäte dürfen den Inhalt der Beratungsunterlagen öffentlicher Sitzungen, ausgenommen personenbezogene Daten oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, zur Wahrnehmung ihres Amtes gegenüber Dritten und der Öffentlichkeit bekannt geben.

- 3 Die nichtöffentlichen Beratungsunterlagen sind nur für die Gemeinderäte bestimmt. Sie dürfen von den Gemeinderäten ohne Zustimmung der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters nicht vervielfältigt oder an Dritte weitergegeben werden. Im Übrigen und insbesondere für Beratungsunterlagen für nichtöffentliche Sitzungen gilt § 6.  
- §§ 34 Abs. 1, 41 b Abs. 4 GemO -

## **§ 15**

### **Verhandlungsfähigkeit und Verhandlungsleitung**

- 1 Der Gemeinderat kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen.
- 2 Die Vorsitzende/Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Verhandlungen des Gemeinderats. Die Sitzung wird geschlossen, wenn sämtliche Verhandlungsgegenstände erledigt sind oder wenn die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit des Gemeinderats oder aus anderen dringenden Gründen vorzeitig abgebrochen werden muss.  
- §§ 36 Abs. 1, 37 Abs. 1 GemO -

## **§ 16**

### **Handhabung der Ordnung, Hausrecht**

- 1 Die Vorsitzende/Der Vorsitzende handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Sie/Er kann Zuhörer, die den geordneten Ablauf der Sitzung stören, zur Ordnung rufen und erforderlichenfalls aus dem Sitzungsraum weisen.
- 2 Gemeinderäte können bei grober Ungebühr oder bei wiederholten Verstößen gegen die Ordnung von der/dem Vorsitzenden aus dem Beratungsraum verwiesen werden; mit dieser Anordnung ist der Verlust des Anspruchs auf die auf den Sitzungstag entfallende Entschädigung verbunden. Bei wiederholter grober Ungebühr oder wiederholten Verstößen gegen die Ordnung kann der Gemeinderat ein Mitglied für mehrere, höchstens jedoch für sechs Sitzungen ausschließen. Entsprechendes gilt für sachkundige Einwohner, die zu den Beratungen zugezogen sind.  
- § 36 Abs. 1 und 3 GemO -

## **§ 17**

### **Verhandlungsablauf, Änderung der Tagesordnung durch den Gemeinderat**

- 1 Die Gegenstände werden in der Reihenfolge der Tagesordnung verhandelt, sofern der Gemeinderat im Einzelfall nichts anderes beschließt.
- 2 Die nachträgliche Aufnahme von Gegenständen in die Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ist, von Notfällen abgesehen, während der Sitzung nicht möglich. In nichtöffentlichen Sitzungen kann ein Gegenstand nur durch einstimmigen Beschluss des Gemeinderats nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden.
- 3 Der Gemeinderat kann auf Antrag die Verhandlung über einen Gegenstand vertagen. Wird ein solcher Antrag angenommen, so finden eine zweite Beratung und die Beschlussfassung in einer anderen Sitzung statt.
- 4 Die Beratung ist beendet, wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Der Gemeinderat kann auf Antrag jederzeit die Aussprache über einen Verhandlungsgegenstand schließen (Schlussantrag). Wird ein solcher Antrag angenommen, ist die Aussprache abubrechen und Beschluss zu fassen. Über einen Schlussantrag kann erst abgestimmt werden, wenn jede Fraktion und die keiner Fraktion angehörenden Gemeinderäte Gelegenheit hatten, zur Sache zu sprechen.

## **§ 18**

### **Vortrag, beratende Mitwirkung im Gemeinderat**

- 1 Den Vortrag im Gemeinderat hat die/der Vorsitzende. Sie/Er kann den Vortrag einem Beamten oder Angestellten der Gemeinde oder anderen Personen übertragen.
- 2 Der Gemeinderat und die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister kann sachkundige Einwohner und Sachverständige zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten zuziehen.
- 3 Die Vorsitzende/Der Vorsitzende kann, auf Verlangen des Gemeinderats muss sie/er, Beamte oder Angestellte der Gemeinde zu sachverständigen Auskünften zuziehen.  
- § 33 GemO -

## **§ 19**

### **Redeordnung**

- 1 Die Vorsitzende/Der Vorsitzende eröffnet die Beratung nach dem Vortrag (§ 18 Abs. 1). Sie/Er fordert zu Wortmeldungen auf und erteilt das Wort grundsätzlich in der Reihenfolge der Meldungen. Bei gleichzeitiger Wortmeldung bestimmt er die Reihenfolge. Ein Teilnehmer an der Verhandlung darf das Wort erst ergreifen, wenn es ihm von der/dem Vorsitzenden erteilt ist.
- 2 Außer der Reihe wird das Wort erteilt zur Stellung von Anträgen zur Geschäftsordnung (§ 21) und zur Berichtigung eigener Ausführungen.
- 3 Kurze Zwischenfragen an den jeweiligen Redner sind mit dessen und der/des Vorsitzenden Zustimmung zulässig.
- 4 Die Vorsitzende/Der Vorsitzende kann nach jedem Redner das Wort ergreifen, er kann ebenso dem Vortragenden oder zugezogenen sachkundigen Einwohnern und Sachverständigen jederzeit das Wort erteilen oder sie zur Stellungnahme auffordern.
- 5 Ein Redner darf nur von der/dem Vorsitzenden und nur zur Wahrnehmung seiner Befugnisse unterbrochen werden. Die Vorsitzende/Der Vorsitzende kann den Redner zur Sache verweisen oder zur Ordnung rufen. Bei weiteren Verstößen kann ihm die/der Vorsitzende das Wort entziehen.
- 6 Anfragen bzw. Fragestellungen von Gemeinderäten werden jeweils einzeln und nacheinander von der/dem Vorsitzenden beantwortet.

## **§ 20**

### **Sachanträge**

- 1 Anträge zu einem Verhandlungsgegenstand der Tagesordnung (Sachanträge) sind vor Abschluss der Beratung über diesen Gegenstand zu stellen. Die Vorsitzende/Der Vorsitzende kann verlangen, dass Anträge schriftlich gestellt werden.
- 2 Anträge, deren Annahme das Vermögen, den Schuldenstand oder den Haushalt der Gemeinde nicht unerheblich beeinflussen (Finanzanträge), insbesondere eine Aufwands-/Auszahlungserhöhung oder eine Ertrags-/Einzahlungssenkung gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplans mit sich bringen würden, müssen einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Aufbringung der erforderlichen Mittel enthalten.
- 3 Haushaltsanträge können ohne Vorschlag (Deckungsvorschlag) für die Aufbringung der erforderlichen Mittel gestellt werden.

## § 21

### Geschäftsordnungsanträge

- 1 Anträge „Zur Geschäftsordnung“ können jederzeit, mit Bezug auf einen bestimmten Verhandlungsgegenstand nur bis zum Schluss der Beratung hierüber, gestellt werden.
- 2 Geschäftsordnungsanträge unterbrechen die Sachberatung. Außer dem Antragsteller und der/dem Vorsitzenden erhält je ein Redner der Fraktionen und die keiner Fraktion angehörenden Gemeinderäte Gelegenheit, zu einem Geschäftsordnungsantrag zu sprechen.
- 3 Geschäftsordnungsanträge sind insbesondere
  - a) der Antrag, ohne weitere Aussprache zur Tagesordnung überzugehen
  - b) der Schlussantrag (§ 17 Abs. 5)
  - c) der Antrag, die Rednerliste zu schließen
  - d) der Antrag, den Gegenstand zu einem späteren Zeitpunkt in derselben Sitzung erneut zu beraten
  - e) der Antrag, die Beschlussfassung zu vertagen
  - f) der Antrag, den Verhandlungsgegenstand an einen Ausschuss zu verweisen
- 4 Ein Gemeinderat, der selbst zur Sache gesprochen hat, kann Anträge nach Abs. 3 Buchst. b (Schlussantrag) und c (Schluss der Rednerliste) nicht stellen.
- 5 Für den Schlussantrag gilt § 17 Abs. 5
- 6 Wird der Antrag auf „Schluss der Rednerliste“ angenommen, dürfen nur noch diejenigen Gemeinderäte zur Sache sprechen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung auf der Rednerliste vorgemerkt sind.

## § 22

### Beschlussfassung, Beschlussfähigkeit

- 1 Im Anschluss an die Beratung wird über die vorliegenden Sachanträge Beschluss gefasst. Der Gemeinderat beschließt durch Abstimmung (§ 23) und Wahlen (§ 24).
- 2 Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.
- 3 Bei Befangenheit von mehr als der Hälfte aller Mitglieder ist der Gemeinderat beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.
- 4 Ist der Gemeinderat wegen Abwesenheit oder Befangenheit von Mitgliedern nicht beschlussfähig, muss eine zweite Sitzung stattfinden, in der er beschlussfähig ist, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind; bei der Einberufung der zweiten Sitzung ist hierauf hinzuweisen. Die zweite Sitzung entfällt, wenn weniger als drei Mitglieder stimmberechtigt sind.
- 5 Ist keine Beschlussfähigkeit des Gemeinderats gegeben, entscheidet die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister an Stelle des Gemeinderats nach Anhörung der nichtbefangenen Gemeinderäte. Ist auch die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister befangen, findet § 124 GemO entsprechende Anwendung; dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat ein stimmberechtigtes Mitglied für die Entscheidung zum Stellvertreter der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters bestellt.

- 6 Bei der Berechnung der „Hälfte bzw. des Viertels aller Mitglieder“ nach den Absätzen 2 und 3 ist von der Zahl der tatsächlich besetzten Sitze auszugehen. Diese Zahl ergibt sich dadurch, dass von den gesetzlichen Mitgliedern bzw. der Zahl der in der Hauptsatzung festgelegten Mitglieder zuzüglich der/des Bürgermeisterin/Bürgermeisters (§ 25 GemO) die Zahl der bei der Wahl nicht besetzten Sitze (§ 26 Abs. 4 KomWG) sowie die Zahl der Sitze, die nach Ausscheiden eines Gemeinderats durch Nachrücken nicht mehr besetzt werden können, abgezogen wird.
- 7 Die Vorsitzende/Der Vorsitzende hat sich vor der Beschlussfassung über jeden Verhandlungsgegenstand zu überzeugen, ob der Gemeinderat beschlussfähig ist.  
- § 37 GemO -

## **§ 23**

### **Abstimmungen**

- 1 Anträge sind positiv und so zu formulieren, dass sie als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden können. Wird ein Antrag in eine Frage gekleidet, ist sie so zu stellen, dass sie mit Ja oder mit Nein beantwortet werden kann. Über Anträge zur Geschäftsordnung (§ 21) wird vor Sachanträgen (§ 20) abgestimmt. Bei Geschäftsordnungsanträgen wird über diejenigen, die der sachlichen Weiterbehandlung am meisten entgegenstehen, zuerst abgestimmt. Über Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Sache wird vor dem Hauptantrag abgestimmt. Als Hauptantrag gilt der Antrag des Vortragenden (§ 18 Abs. 1) oder eines Ausschusses. Liegen mehrere Änderungs- und Ergänzungsanträge zu der gleichen Sache vor, so wird jeweils über denjenigen zunächst abgestimmt, der am weitesten von dem Hauptantrag abweicht.
- 2 Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Stimmenthaltungen werden, bei der Ermittlung der Mehrheit nicht berücksichtigt. Die/Der Bürgermeisterin/Bürgermeister hat Stimmrecht; bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.
- 3 Der Gemeinderat stimmt in der Regel offen durch Handhebung ab. Die Vorsitzende/Der Vorsitzende stellt die Zahl der Zustimmungen, der Ablehnungen und der Stimmenthaltungen fest. Ist einem Antrag nicht widersprochen worden, kann er dessen Annahme ohne förmliche Abstimmung feststellen. Bestehen über das Ergebnis der Abstimmung Zweifel, kann die/der Vorsitzende die Abstimmung wiederholen lassen.
- 4 Namentlich wird abgestimmt auf Antrag eines Viertels der Gemeinderäte oder der/des Vorsitzenden. Bei namentlicher Abstimmung richtet sich die Reihenfolge der Stimmabgabe nach der Sitzordnung.
- 5 Der Gemeinderat kann auf Antrag beschließen, dass ausnahmsweise geheim mit Stimmzetteln abgestimmt wird. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen in § 24 Abs. 2.  
- § 37 Abs. 6 GemO –

## **§ 24**

### **Wahlen**

- 1 Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen; es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied des Gemeinderats widerspricht. Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister hat Stimmrecht. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen Stichwahl statt, bei der die einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Steht nur ein Bewerber zur Wahl und erreicht dieser nicht mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten, findet ein zweiter Wahlgang statt; auch im zweiten Wahlgang ist mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich. Der zweite Wahlgang soll frühestens eine Woche nach dem ersten Wahlgang durchgeführt werden.
- 2 Die Stimmzettel sind von der/dem Vorsitzenden bereitzuhalten. Sie werden verdeckt oder gefaltet abgegeben. Die/Der Vorsitzende ermittelt unter Mithilfe eines vom Gemeinderat bestellten Mitglieds oder eines Gemeindebediensteten das Wahlergebnis und gibt es dem Gemeinderat bekannt.
- 3 Ist das Los zu ziehen, so hat der Gemeinderat hierfür ein Mitglied zu bestimmen. Die/Der Vorsitzende oder in seinem Auftrag der Schriftführer stellt in Abwesenheit des zur Losziehung bestimmten Gemeinderats die Lose her. Der Hergang der Losziehung ist in die Niederschrift aufzunehmen.  
- § 37 Abs. 7 GemO -

## **§ 25**

### **Ernennung, Einstellung und Entlassung der Gemeindebediensteten**

- 1 Der Gemeinderat entscheidet im Einvernehmen mit der/dem Bürgermeisterin/Bürgermeister über die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Gemeindebediensteten; das Gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit bei einem Beschäftigten sowie für die Festsetzung der Vergütung, sofern kein Anspruch auf Grund eines Tarifvertrages besteht. Kommt es zu keinem Einvernehmen, entscheidet der Gemeinderat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Mitglieder allein. Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister ist zuständig, soweit der Gemeinderat ihm die Entscheidung überträgt oder diese zur laufenden Verwaltung gehört.
- 2 Über die Ernennung und Anstellung der Gemeindebediensteten ist durch Wahl Beschluss zu fassen; das Gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung höher bewerteten Tätigkeit bei einem Beschäftigten.  
- §§ 24 Abs. 2, 37 Abs. 7 GemO -

## **§ 26**

### **Persönliche Erklärungen**

- 1 Zu einer kurzen „persönlichen Erklärung“ erhält das Wort
  - a) jedes Mitglied des Gemeinderats, um seine Stimmabgabe zu begründen. Die Erklärung kann nur unmittelbar nach der Abstimmung abgegeben werden;
  - b) wer einen während der Verhandlung gegen ihn erhobenen Vorwurf abwehren oder eigene Ausführungen oder deren unrichtige Wiedergabe durch andere Redner richtigstellen will. Die Erklärung kann nach Erledigung eines Verhandlungsgegenstands (Beschlussfassung, Vertagung, Übergang zur Tagesordnung) abgegeben werden.
- 2 Eine Aussprache über „persönliche Erklärungen“ findet nicht statt.

## **§ 27**

### **Fragestunde**

- 1 Einwohner und die ihnen gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen nach § 10 Abs. 3 und § 4 GemO können bei öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats Fragen zu Gemeindeangelegenheiten stellen oder Anregungen und Vorschläge unterbreiten (Einwohnerfragestunde).
  
- 2 Grundsätze für die Einwohnerfragestunde:
  - a) Die Einwohnerfragestunde findet in der Regel als erster Tagesordnungspunkt jeder öffentlichen Sitzung des Gemeinderats statt. Ihre Dauer soll 30 Minuten nicht überschreiten.
  - b) Jeder Frageberechtigte im Sinne des Absatzes 1 darf in einer Einwohnerfragestunde zu nicht mehr als zwei Angelegenheiten Stellung nehmen und Fragen stellen. Fragen, Anregungen und Vorschläge müssen kurzgefasst sein und sollen die Dauer von drei Minuten nicht überschreiten.
  - c) Zu den gestellten Fragen, Anregungen und Vorschlägen nimmt die/der Vorsitzende Stellung. Kann zu einer Frage nicht sofort Stellung genommen werden, so wird die Stellungnahme in der folgenden Einwohnerfragestunde abgegeben. Ist dies nicht möglich teilt die/der Vorsitzende dem Fragenden den Zeitpunkt der Stellungnahme rechtzeitig mit. Widerspricht der Fragende nicht, kann die Antwort auch schriftlich gegeben werden. Die/Der Vorsitzende kann unter den Voraussetzungen des § 35 Abs. 1 Satz 2 GemO von einer Stellungnahme absehen, insbesondere in Personal-, Grundstücks-, Sozialhilfe- und Abgabensachen sowie in Angelegenheiten aus dem Bereich der Sicherheits- und Ordnungsverwaltung.  
- § 33 Abs. 4 GemO -

## **§ 28**

### **Anhörung**

- 1 Der Gemeinderat kann betroffenen Personen und Personengruppen Gelegenheit geben, ihre Auffassung im Gemeinderat vorzutragen (Anhörung). Über die Anhörung im Einzelfall entscheidet der Gemeinderat auf Antrag betroffener Personen und Personengruppen.
  
- 2 Die Anhörung ist öffentlich. Unter den Voraussetzungen des § 35 Abs. 1 Satz 2 GemO kann die Anhörung nichtöffentlich durchgeführt werden. Der Gemeinderat kann die Anhörung auch in Angelegenheiten, für die er zuständig ist, einem Ausschuss übertragen.
  
- 3 Die Anhörung findet vor Beginn einer Sitzung des Gemeinderats oder innerhalb einer Sitzung vor Beginn der Beratung über die anzuhörende betreffende Angelegenheit statt. Hierüber entscheidet der Gemeinderat im Einzelfall.
  
- 4 Ergibt sich im Laufe der Beratungen des Gemeinderats eine neue Sachlage, kann der Gemeinderat eine erneute Anhörung beschließen. Die Beratung wird zuvor unterbrochen.  
- § 33 Abs. 4 GemO -

## **IV. Beschlussfassung im Umlaufverfahren und durch Offenlegung**

### **§ 29**

#### **Schriftliches Verfahren**

Über Gegenstände einfacher Art kann schriftlich oder elektronisch im Wege des Umlaufs beschlossen werden. Der Antrag, über den im Wege des Umlaufs beschlossen werden soll, muss allen Gemeinderäten zugehen. Er ist angenommen, wenn kein Mitglied widerspricht.

- § 37 Abs. 1 GemO -

### **§ 30**

#### **Offenlegung**

- 1** Über Gegenstände einfacher Art kann im Wege der Offenlegung beschlossen werden. Die Offenlegung kann in einer Sitzung und außerhalb einer solchen geschehen.
  
- 2** Bei Offenlegung in einer Sitzung sind die zur Erledigung vorgesehenen Gegenstände in einem besonderen Abschnitt der Tagesordnung aufzuführen. Ein Antrag ist angenommen, wenn ihm während der Sitzung nicht widersprochen wird.
  
- 3** Bei Offenlegung außerhalb einer Sitzung sind die Gemeinderäte darauf hinzuweisen, dass die Vorlage auf dem Rathaus aufliegt; dabei ist eine Frist zu setzen, innerhalb der dem Antrag widersprochen werden kann. Wird fristgerecht kein Widerspruch erhoben, ist der Antrag angenommen.

- § 37 Abs. 1 GemO -

## **V. Niederschrift**

### **§ 31**

#### **Inhalt der Niederschrift**

- 1 Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Gemeinderats ist eine Niederschrift zu fertigen; sie muss insbesondere Tag, Ort, Beginn und Ende der Sitzung, den Namen der/des Vorsitzenden, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Gemeinderäte unter Angaben des Grundes der Abwesenheit, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten.
- 2 Bei Beschlussfassung im Wege des Umlaufs (§ 29) oder durch Offenlegung (§ 30) gilt Abs. 1 entsprechend.
- 3 Die Vorsitzende/Der Vorsitzende und jedes Mitglied können im Einzelfall verlangen, dass ihre Erklärung oder Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.  
- § 38 Abs. 1 GemO -

### **§ 32**

#### **Führung der Niederschrift**

- 1 Die Niederschrift wird vom Schriftführer geführt. Sofern die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister keinen besonderen Schriftführer bestellt, ist sie/er Schriftführer.
- 2 Die Niederschriften über öffentliche und über nichtöffentliche Sitzungen sind getrennt zu führen.
- 3 Die Niederschrift ist von der/dem Vorsitzenden, von mindestens jeweils einem Vertreter jeder Fraktion, der an der Verhandlung teilgenommen hat, und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Ist kein besonderer Schriftführer bestellt, so unterzeichnet die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister als „Vorsitzende(r) und Schriftführer(in)“.  
- § 38 Abs. 2 GemO -

### **§ 33**

#### **Anerkennung der Niederschrift**

Die Niederschrift ist in der Regel in der nächsten Sitzung, spätestens innerhalb eines Monats, durch Auflegen zur Kenntnis des Gemeinderats zu bringen. Über hierbei gegen die Niederschrift vorgebrachte Einwendungen entscheidet der Gemeinderat.

- § 38 Abs. 2 GemO -

### **§ 34**

#### **Einsichtnahme in die Niederschrift**

- 1 Die Gemeinderäte können jederzeit in die Niederschriften über die öffentlichen und über die nichtöffentlichen Sitzungen Einsicht nehmen.
- 2 Die Einsichtnahme in die Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen ist auch den Einwohnern, z.B. über das Ratsinformationssystem, gestattet.  
- § 38 Abs. 2 GemO -

## **VI. Geschäftsordnung der Ausschüsse**

### **§ 35**

#### **Sinngemäße Anwendung der Geschäftsordnung des Gemeinderats**

Die Geschäftsordnung des Gemeinderats findet auf die beschließenden und beratenden Ausschüsse mit folgender Maßgabe sinngemäß Anwendung:

- 1** Vorsitzende(r) der beschließenden Ausschüsse ist die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister. Sie/Er kann einen ihrer/seiner Stellvertreter oder, wenn alle Stellvertreter verhindert sind, ein Mitglied des Ausschusses, das Gemeinderat ist, mit seiner Vertretung beauftragen.
- 2** Den Vorsitz in den beratenden Ausschüssen führt die/der Bürgermeisterin/Bürgermeister. Sie/Er kann einen ihren/seiner Stellvertreter oder ein Mitglied des Ausschusses, das Gemeinderat ist, mit ihrer/seiner Vertretung beauftragen.
- 3** In die beschließenden Ausschüsse können durch den Gemeinderat sachkundige Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder berufen werden; sie sind ehrenamtlich tätig; ihre Zahl darf die der Gemeinderäte in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen.
- 4** In die beratenden Ausschüsse können durch den Gemeinderat sachkundige Einwohner widerruflich als Mitglieder berufen werden; sie sind ehrenamtlich tätig; ihre Zahl darf die der Gemeinderäte in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen.
- 5** Sitzungen der beschließenden Ausschüsse, die der Vorberatung von Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, dienen und Sitzungen der beratenden Ausschüsse können öffentlich und nichtöffentlich sein. Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 35 Abs. 1, Satz 2 GemO muss nichtöffentlich verhandelt werden.
- 6** Wird ein beschließender Ausschuss wegen Befangenheit beschlussunfähig, entscheidet an seiner Stelle der Gemeinderat. Wird ein beratender Ausschuss aus demselben Grund beschlussunfähig entscheidet der Gemeinderat ohne Vorberatung.
- 7** Die an der Teilnahme einer Sitzung verhinderten Mitglieder von Ausschüssen haben ihre Stellvertreter rechtzeitig zu verständigen und ihnen Einladung und Tagesordnung zur Sitzung zu übergeben. Bei einer Stellvertretung durch eine andere Fraktion und dessen Verhinderung, fällt diese Vertretung auf die Fraktion des Hauptsitzes zurück.  
- §§ 39 Abs. 5, 40, 41 GemO –
- 8** Beratende Ausschüsse müssen unverzüglich einberufen werden, wenn dies mindestens ein Viertel des Gemeinderats unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt.

## VII. Ältestenrat

### § 36 Ältestenrat

- 1 Es wird ein Ältestenrat gebildet. Er besteht aus der/dem Bürgermeisterin/Bürgermeister als Vorsitzender/Vorsitzenden sowie je zwei weiteren Mitgliedern der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Fraktionen. Für jedes weitere Mitglied werden zwei Stellvertreter benannt. Die weiteren Mitglieder des Ältestenrats und deren Stellvertreter werden nach jeder regelmäßigen Wahl zum Gemeinderat von den im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen benannt. Scheidet ein weiteres Mitglied vorzeitig aus dem Gemeinderat aus, wird für den Rest der Amtszeit ein neues weiteres Mitglied benannt.
- 2 Der Ältestenrat ist zuständig
  - a) für die Beratung und Verständigung zwischen den Gemeinderäten und der/dem Bürgermeisterin/Bürgermeister über Zeit, Art und Inhalt der Behandlung wichtiger Angelegenheiten im Gemeinderat und zur sonstigen Förderung der Geschäfte des Gemeinderates
  - b) zur Vorbereitung der Sitzverteilung in den Ausschüssen und bei der Bestellung von Vertretern aus der Mitte des Gemeinderats nach Gemeinderatswahlen.
- 3 Der Ältestenrat spricht Empfehlungen aus, ohne in die Zuständigkeit des Gemeinderats oder der beschließenden Ausschüsse einzugreifen. Er soll dem Ausgleich zwischen den Fraktionen dienen.
- 4 Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister beruft den Ältestenrat nach Bedarf ein. Der Ältestenrat muss einberufen werden, wenn es mindestens ein Viertel seiner Mitglieder beantragt. Er ist beratungsfähig bei Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder. Sonstige Bedienstete der Gemeinde können zu den Sitzungen hinzugezogen werden.
- 5 Die Verhandlungen des Ältestenrats sind nichtöffentlich. Es wird eine Niederschrift analog zur Niederschrift des Gemeinderats geführt. Der Versand der Einladung inkl. Tagesordnung erfolgt spätestens 1 Woche vor der Sitzung des Ältestenrates (analog Gemeinderat).

## **VIII. Schlussbestimmung**

### **§ 37**

#### **Inkrafttreten**

Diese Geschäftsordnung tritt am 01.12.2021 in Kraft.

### **§ 38**

#### **Außerkräftreten bisheriger Bestimmungen**

Mit Inkrafttreten dieser Geschäftsordnung tritt die Geschäftsordnung vom 25.04.2017 außer Kraft.

Schwaikheim, 09.11.2021

Dr. Loff

Bürgermeisterin